

der deutschen Geschichte das Volk zum souveränen und uneingeschränkten Herren seines Schicksals machte“.

In der westdeutschen Bundesrepublik wurden die Konzerne und Monopolgruppen größer und mächtiger als jemals zuvor. Durch die direkte Verschmelzung mit dem Bonner Staatsapparat besitzen sie nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Macht, üben Staatsgewalt aus und gebieten über das geistige und kulturelle Leben. Ihre Politik ist darauf gerichtet, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die Grenzen zu revidieren. Sie versuchen mit allen Mitteln in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen und wollen dem Militarismus und der Revanche durch Notstandsgesetze freie Bahn im Innern schaffen.

So ist eine Lage entstanden, in der Westdeutschland — neben den USA mit ihrem schmutzigen Krieg in Vietnam — zum Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa wurde. Vor dem deutschen Volk steht damit gebieterisch die Aufgabe, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgeht und der Frieden dauerhaft gesichert wird. Dafür tragen die demokratischen fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland eine große Verantwortung.

## IV.

Es gehört zu den großen Verdiensten unserer Partei und Regierung, daß sie durch ihre konsequente Politik der ständigen Festigung der Deutschen Demokratischen Republik den Frieden sichern half und durch ihre konstruktiven Vorschläge zur Entspannung und Verständigung immer wieder Wege zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland aufzeigte. Es besteht die ernste Gefahr, daß durch die Atomrüstungspolitik, Notstandsgesetze und Revancheabsichten der westdeutschen CDU/CSU-Regierung die Nachkriegsperiode zu einer neuen Vorkriegsperiode wird. Die große Verantwortung der Arbeiterschaft und aller anderen fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland sowie ihrer Organisationen für die Erhaltung des Friedens, die Frage, wie es denn angesichts einer solchen Lage in Deutschland weitergehen soll, waren auch die wesentlichen Gründe für den „Offenen Brief des Zentralkomitees an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“.

In dem Dokument wird davon ausgegangen, daß SED und SPD die stärksten Parteien Deutschlands sind und daß sie gemeinsam den entscheidenden Beitrag zur Lösung der Deutschlandfrage leisten könnten, wenn sie wenigstens ein Mindestmaß an Annäherung und Übereinstimmung in den Fragen des Friedens und an Zusammenarbeit bei der Überwindung der Spaltung fänden. Unsere Partei hat deshalb der SPD in ihrem Brief vorgeschlagen, daß SPD- und SED-Mitglieder offen und sachlich darüber sprechen, wie es in Deutschland weitergehen und was für ein Deutschland es sein soll. Es liegt doch im Interesse des ganzen deutschen Volkes, wenn SPD und SED einander auf der Grundlage solcher Vorschläge näherkommen würden, die Genosse Walter Ulbricht im Namen des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik dem neugewählten Bundestag übermittelte. Diese Vorschläge sehen vor: Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen und anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa. Beide deutsche Staaten nehmen diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf. Sie erklären sich bereit, über Abrüstung zu verhandeln, und verzichten auf alle Maßnahmen und Gesetze, die den Weg zur Überwindung der Spaltung blockieren. Und schließlich: Die Regierungen beider deutscher Staaten nehmen Verhandlungen auf, um die Beziehungen zwischen ihnen und ihren Bürgern zu normalisieren.